



Lindauer Hoybote

Seite 2

**Bodenseeklinik alias Rhino Lago
Naturschutzgebiet „Reutiner Bucht“**

Seite 3

**Spekulationen um's Axima-Gelände
Musikschule ist keine Würstelbude**

Seite 4

**NEIN zum Irak-Krieg
Behindert und benachteiligt**

Trotz anderslautender Gerüchte:

Lindaus Hauptbahnhof bleibt auf der Insel!

Es bleibt ernst bei Lindaus Bahnfrage und Verwirrung ließ sich dieser Tage leicht stiften. Das Wochenblatt zerrte Ende Oktober mit Hilfe von Ex-Stadtbauamtsleiter Klaus Burger gleich in zwei Ausgaben die vom Stadtrat bereits 1998 als unbrauchbar abgelehnte Standortvariante Langenweg (nördlich des Europaplatzes) hervor. Und die LZ kommentierte bereits Anfang dieses trübverregneten Monats „Der Bahnhof kommt nach Reutin“. Wir forschten nach und fanden doch tatsächlich den in den Papierkorb gelegten zweiten Teil einer derartigen Formulierung: „...wenn die Bemühungen der Lindauer Inselbahnhofs-BefürworterInnen in der Bevölkerung und im Stadtrat für eine zukunftsfähige Lösung am Stadtzentrum auf der Insel nachlassen.“ Aha. Was aber wäre nun dringend nötig, um die für Lindau gefährlichen Immobilienpläne des Transportunternehmens (!) DB AG zu stoppen?

**VENEDIG,
SYLT,
LINDAU.**



...Lasst unseren Bahnhof auf der Insel!

1. Das Bayerische Verkehrsministerium erklärt endlich schriftlich und für 15 Jahre verbindlich, dass es seine aus Bundesmitteln finanzierte Bestellung des Bahn-Regionalverkehrs auf die Insel im vollen bisherigen Umfang aufrecht erhält mit der Option einer Ausweitung. Die Lindauer Stadt- und Kreis-CSU und Frau Oberbürgermeisterin Seidl müssen diese Klärung mit Hilfe Ihrer Münchner Kontakte endlich zu Wege bringen. Das darf ihnen zugemutet werden.

2. Der Kreistag verpflichtet sich per Entschließung dazu, soweit er und das Landratsamt in das Genehmigungsverfahren eingebunden sind, der Lindauer Position pro Bahn-Anbindung der Insel nicht in den Rücken zu fallen.

3. Oberbürgermeisterin und Stadtverwaltung organisieren endlich entsprechend ihrem Auftrag, gemäß Stadtratsbeschluss vom 2. April 2002, eine Konferenz



aller Bahn-Anbieter der Region samt Verkehrsgutachter und beispielsweise Internationaler Bodenseekonferenz mit dem Stadtrat, um sich und die Öffentlichkeit über deren Lindau betreffende Pläne kundig zu machen und um dieses lähmende Starren auf die DB-Schlange zu lockern.

4. Die juristische Position der Stadt Lindau im kommenden Planfeststellungsverfahren hat sich seit Sommer diesen Jahres noch einmal verbessert. MdL Adi Sprinkardt (Grüne) erinnerte zu Recht an den für die Politik und Bauinteressierte nach wie vor gültigen Regionalplan. In diesem steht auch Lindau betreffend beispielsweise auf Seite 42: „Der Personen- und Güterverkehr einschließlich der bestehenden Einrichtungen soll auf allen gegenwärtig in Betrieb befindlichen Strecken innerhalb der Region erhalten bleiben.“ Die Auffassung von Frau Oberbürgermeisterin Seidl, im Rahmen eines Abkommens mit dem Bahn-Management von vorne herein auf das städtische Klagerecht gegen die DB-Pläne zu verzichten, hat keinerlei Grundlage in Form eines bisherigen Stadtratsbeschlusses. Kompetente Handwerker legen ihr passendes Werkzeug auch erst nach vollendeter Arbeit zur Seite.

Wieder mal: Vorzug für Outos

Radweg für Rückstaufläche geopfert?

Viele LindauerInnen erinnern sich noch, als im Rahmen der Sanierung der Westlichen Insel die Thierschbrücke umgebaut und die Verkehrsführung der Zwanzigerstrasse geändert wurde. Der Umbau der Brücke hatte den Zweck, den immensen Schwerlastverkehr von und zur Hinteren Insel zu ermöglichen.

Das Ergebnis der kostenintensiven „Ertüchtigung“ der alten Thierschbrücke war, daß diese in Zukunft nur noch einspurig benutzt werden kann. Eine Ampelanlage sorgt für regelmässiges Verkehrschaos.

Leider wurde damals die Idee, die riesigen Mengen verseuchter Erde, trotz direktem Gleisanschluß, mit der Bahn abtransportieren zu lassen, nicht realisiert. Neben dem Ertüchtigungsumbau der Thierschbrücke wurde in der Zwanzigerstrasse ab Frisör Mutschler eine provisorische LKW-Spur eingerichtet, um den

reibungslosen Pendelverkehr der vielen Lastwagen auf die Hintere Insel zu ermöglichen. Seit es diese dritte Fahrbahn in der Zwanzigerstrasse gibt, endet der Radweg stadteinwärts auf Höhe Inselhalle, die Spur stadtauswärts wurde, natürlich ohne Radweg, verantwortungslos schmal ausgelegt. Für Radfahrer stellt diese dreispurige Verkehrsführung eine echte Gefährdung dar.

Die Fahrgeschwindigkeit der Autos stadteinwärts hat wegen der zweiseitigen Verkehrsführung stark zugenommen. Für Radfahrer ist das Abbiegen oder ein Spurwechsel in diesem Bereich äußerst gefährlich. Stadtauswärts ist die Fahrbahn derart schmal, daß es, vor allem wenn Autos Radfahrer überholen, zu gefährlichen Situationen kommt.

Auf Nachfrage, wann dieses gefährliche Provisorium wie versprochen zurückgebaut wird, kommt aus der Verwaltung die Information, daß die LKW-Spur in Zukunft erhalten bleibt.

Begründung:
Es handele sich um eine notwendige „Rückstaufläche“ für den allsommerlichen stehenden Verkehr, der durch die Ampel an der Thierschbrücke verursacht wird. Hier wird von der Verwaltung, ohne Stadtratsbeschluss, dem Auto, bzw. dem stehenden und stinkenden Verkehr der absolute Vorzug vor dem Radfahrer gegeben. Eigenartig, vor dem Hintergrund, daß eine aufwändige und teure Stadtmarketinguntersuchung unlängst ergeben hat, daß für Lindau ein funktionierendes Radwegenetz eines der wichtigsten Ziele für die Zukunft ist.

Unsere Forderung lautet deshalb: Rückbau der LKW-Spur in der Zwanzigerstrasse. Einrichten von Radspuren von und zur Hinteren Insel. Bevor etwas passiert!

CHRISTIAN WOLLIN



Eine der Gefahrenstellen: Die „ertüchtigte“ Thierschbrücke

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“

Interessierte Investoren der Hinteren Insel warten bereits ungeduldig darauf, dass endlich die Gleise auf dem Eisenbahndamm abmontiert werden. Ihr auserlesenes Publikum samt Massenverkehr soll dann seine Anreise zur Insel per PKW vom Langenweg über den Hasenweidweg, vorbei am Alpengarten und auf der dann ehemaligen Bahntrasse ohne Bahnübergänge gestalten dürfen; mit viel Stop, wenig Go, viel Krach, Gefahr und Gestank für die dortigen Fußgänger, Kinder, RadfahrerInnen, Bootsanlieger und Ruhesuchenden. Es gibt also was zu verlieren in Lindau, eine zukunftsfähige Bahnanbindung des Stadtzentrums Insel und eine noch menschenfreundliche Verkehrsgestaltung auf dem Bahndamm. Dafür lässt es sich trefflich und mit gutem Recht streiten.

CHARLY SCHWEIZER

Schwarze Kassen

sind nicht unsere Sache.
Wenn Sie – vielleicht gerade deshalb – die Arbeit der Bunten Liste unterstützen wollen: Spenden sind jederzeit willkommen!

Volksbank Lindau, BLZ 650 920 10
Konto-Nr. 556 100 05
(Spendenquittung auf Wunsch)

„Benützen Sie bitte den Seezugang mit der schönen Abendsonne“

Bodenseeklinik alias Rhino Lago

Es ist vollbracht, die Hintere Insel wurde wieder zum Leben erweckt. Die Kaserne wurde saniert, die Außenanlagen fertiggestellt. Ein neuer Park wurde angelegt, Bäume gepflanzt, es sieht fast wieder schön aus. Natürlich ist das ganze nicht mit dem früheren Park zu vergleichen. Aber das wusste man ja bereits, als eine unselige Stadtratsmehrheit gegen die Stimmen der Bunten Liste dem Bauantrag unseres Herrn Professors zustimmte. Es hieß, hier soll eine neue Bodenseeklinik entstehen. OP-Räume, Krankenbetten, Tagungsstätte für andere Schönheitschirurgen. Das Wort „Wohnungen“ tauchte in der ersten Phase der Planungen nicht auf. Eines Tages wurde es plötzlich laut um den Neubau auf der Hintere Insel. „Mieten statt kaufen“, „Rhino Lago, wohnen am Bodensee“ waren die jetzt oft zitierten Werbebotschaften. Wieso jetzt plötzlich Wohnungen? Das fragten sich viele Lindauer. Herr Mang hat ein Schlupfloch gefunden, wie er seine Wohnungen genehmigt bekommen hat. Für die meisten Lindauer eigentlich unerklärlich, dass ein so schöner Park mit Wohnungen zugebaut wird. Man darf ja auch nicht vergessen, dass es einer der letzten Plätze auf der Insel war, an dem Einheimische ungestört baden konnten. Nachdem Herr Mang durch einige Leserbriefe mehr und mehr ins Rampenlicht geriet, gab er der Lindauer Zeitung ein Interview. Auf die Frage, was in seinem Neubau überwiegt, der Klinikbereich oder die Wohnungen, zog er sich fein aus der Affäre. „Die Baukosten für die Klink belaufen sich auf 75%, der Rest entfällt auf die Wohnungen.“ Dass ein OP natürlich teurer ist als eine Wohnung, dürfte jedem klar sein! Was die Öffentlichkeit viel lieber hören würde, wäre eine Angabe der Wohnfläche und der OP-Fläche. Damit könnte dann jeder selber entscheiden, ob es sich hier um eine Klink mit ein paar Wohnungen handelt oder um einen Wohnungskomplex mit OP-Räumen. All dies wäre von den meisten toleriert worden. Ändern konnte man jetzt leider eh nichts mehr. Was sich aber danach abspielte, setzte dem ganzen die Krone auf. Wie ja jeder weiß, veranstaltet der Club Vaudeville schon seit Jahren sein „Umsonst und Draußen“ auf der Hintere

Insel. Jedes Jahr im Sommer fanden auf der Wiese am See Veranstaltungen statt, für Einheimische genauso wie auch für Besucher unserer Inselstadt. Nach dem Neubau musste natürlich ein neuer Platz für solche Veranstaltungen gefunden werden. Vor der alten Kaserne wurde ein neuer Park angelegt. Eine schöne grüne Wiese, ein öffentlicher Seezugang, fast wie früher sollte es werden. Eigentlich ein optimaler Platz für ein Konzert. Bereits beim Bau fand ein Treffen aller beteiligten Firmen statt, um bei der Neuanlage des Parks technische Details zu klären. Es wurden Stromanschlüsse verlegt, Wasser, Abwasser sogar die Telekom legte einen Anschluss bereit. Die Bühnenfläche wurde als Schotter-Rasen angelegt. Eigentlich schien alles wie ein Traum. Die Stadt legte sich ins Zeug, um den neuen Park multifunktionell zu gestalten. Der Tag der Besprechung war der Anfang des Abtraumes! Auf die Frage, wie es mit der Zufahrt zum Veranstaltungsgelände mit LKWs sei, wurde vom Bauleiter der Firma Wund gleich forsch mitgeteilt: „Sie werden hier nie mit einem großen LKW fahren.“ Die ersten paar Minuten wussten einige Beteiligte eigentlich nicht, was sie jetzt sagen sollten. Ist das alles umsonst, was besprochen wurde?

Versprochen ist versprochen

Unvorstellbares wird Jahr für Jahr von den Ehrenamtlichen bei der Durchführung des U & D geleistet. Dass manche natürlich nicht den Musikgeschmack der Jugend teilen, ist ja verständlich. Es aber als „Pseudo-Festival“ zu bezeichnen, wie es ein ehemaliger Stadtrat in einem Leserbrief tat, grenzt schon an Beleidigung. Dieser Ex-Stadtrat findet auch, es sei keine Demokratie, wenn sich Bürger an ihre Stadträte wenden, um für den öffentlichen Park zu plädieren. Hierbei handelte es sich nicht um eine Hetzkampagne gegen die Stadt oder Herrn Mang. Es geht vielmehr darum, dass Versprechen, die gemacht wurden, auch eingehalten werden. Lindau sollte ein Stück auch noch Lindauern gehören. Wenigstens ein kleines Stück!

Viele trauten ihren Augen nicht, als sie eine Kopie eines Schreibens von Herrn Prof. Dr. Dr. Mang an die Stadt Lindau lasen. Man muss dieses Zitat einfach kurz wiedergeben:

Ihr Schreiben vom 26.03.02 wurde zusammen mit einem Sachverständigen besprochen. Diesbezüglich darf ich Ihnen Ihre Punkte wie folgt beantworten:

3. Die Stadt möge mir spätestens vor den großen Ferien schriftlich bestätigen, dass auf dem gesamten Parkareal kein U&D-Fest, keine lärmenden Konzerte und sonstige Veranstaltungen durchgeführt werden. Ebenfalls möge mir die Stadt bestätigen, dass von allen Mietern im sog. Offizierskasino mitgeteilt wird, dass hier kein Spielplatz für Jugendliche besteht und Fußball etc. verboten ist.

Abschließend kann ich der Verwaltung nur empfehlen keine weiteren Seezugang im Parkgelände zu errichten. Diese Kosten kann man sich sparen und den Seezugang im neuzugestalteten Bereich der Skater und Spielplatz zu errichten. Dies ist als Badeplatz wesentlich besser geeignet, da hier am Abend Sonne ist.

„WOW“ würde es in der Sprache der heutigen Jugend heißen. Herr Mang sagte selber, er will keiner kleinen Gruppe dienen, die Feindbilder sucht. Also ohne Grund sucht sich doch niemand Feindbilder. Die Leute, die gern den neuen Seezugang zum Baden genützt hätten, die Kinder, die dort wohnen und einfach draußen toben wollen, und die Besucher des U&D's dürften über solche Forderungen sehr enttäuscht sein. Irgendwie kann man das alles nicht glauben. Ist es ernst gemeint, im Innenhof der Kaserne den Kindern das Spielen zu verbieten? Sollen alle Lindauer ab sofort in öffentliche Bäder gehen? Spielplätze werden einfach „weg-gefordert“, oder einfach an einer anderen Stelle gebaut. Nett, wie Herr Mang ist, bezahlt er ihn auch, natürlich nur weit weg von ihm. Skandalös sein Vorschlag, einen neuen Seezugang bei der Skateranlage zu errichten. Dort sei die Abendsonne schöner!? Erst die Wohnungen, jetzt das.

Was kommt als nächstes?

Im Wahlkampf war von jeder Gruppierung zu hören, dass für die Jugend mehr getan werden muss. Das von der Oberbürgermeisterin ins Leben gerufene Jugend-Forum brachte es ja auch eindeutig zu Tage, dass die Jugend wieder ein U&D auf der Insel möchte. Ohne neue Auflagen! Ein U&D wie immer. In Aussicht gestellt wurde es ja bereits und die Hintere Insel sollte mit dem Umbau der Kasernen ja belebt werden. Und jetzt soll das ganze enden mit den Schildern „Rasen betreten gerichtlich verboten“ und „Benützen Sie bitte den Zugang mit der schönen Abendsonne.“

MARCEL BERNHARDT

Naturschutzgebiet „Reutiner Bucht“:

Kleinster gemeinsamer Nenner im Kreistag

Nach wiederholten Anläufen um mehr Schutz für den, neben der Wasserburger Bucht, letzten naturnahen Uferbereich am Bayerischen Bodenseeufer, der „Reutiner Bucht“, liegt nach Monaten des Feilschens in den Gremien des Landkreises der Kompromiss auf dem Tisch. Seit Oktober 2001 lag der Entwurf einer Verordnung für ein „Naturschutzgebiet Reutiner Bucht“ der Regierung von Schwaben dem Landratsamt, als der

Unteren Naturschutzbehörde, und der Stadt Lindau, zur Stellungnahme bis 15.12.01 vor. Während die Stadt prompt reagierte, brauchte der Landkreis bis Mitte Juli 2002 für einen Beschluss.

Zur Zeit ist die Reutiner Bucht ausgewiesen als:

- Landschaftsschutzgebiet „Bayerisches Bodenseeufer“
 - Landschaftliches Vorbehaltsgebiet nach dem Regionalplan Allgäu
 - limnologische (Binnengewässer-) Schutzzone 1 nach dem Bayerischen Bodensee-Uferplan.
- Die Bucht ist weiter laut Regierung von Schwaben:
- eines der letzten intakten Kiesuferabschnitte mit Resten der bodensee-spezifischen Uferzonation und einer weltweit einzigartigen, endemischen Strandschmielen-Gesellschaft
 - Bruthabitat für Wasservögel
 - Lebensraum nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-) und als Vogelschutzgebiet gemeldet.

Dieser Schutz verhinderte bis heute nicht die Überstrapazierung des Gebietes, hauptsächlich im Frühjahr und Sommer, durch Spaziergänger, Angler, Partyfans, Badende, Schulklassen etc., speziell im Bereich „Galgeninsel“. Die Vegetation wird erheblich geschädigt und die Tierpopulation während der Aufzuchtphase massiv gestört. Freilaufende Hunde und Abgeschiedenheit suchende Zeitgenossen, die Abgrenzungen nicht respektieren, sind zudem eine spezielle Belastung. Mit einer neuen Naturschutz-Verordnung soll damit Schluss sein.

Der Entwurf dieser Verordnung der Regierung ist fachlich gut begründet, er berücksichtigt gewachsene Strukturen (Fischerei durch Berufsfischer etc.). Er verdient Lob. Mit Bedacht hat der Gesetzgeber die Kompetenz im Naturschutz aus der kommunalen und regionalen Kompetenz ausgegliedert. Denn dort herrschen Einzelinteressen: der Ufergrundstückswert, die möglichen oder vermeintlichen Einschränkungen

bei Entenjagd, Bade-, Surf- oder Segelspaß oder beim Auslauf mit dem Hund. Unverzichtbare Errungenschaften?

Dass wir Bürger uns zurücknehmen, ein klein wenig verzichten zu Gunsten einer Beruhigung und damit Erholung und Entwicklung des Gebietes mit allen Pflanzen, Vögeln, Insekten und Amphibien, kommt in den Diskussionen in den Gremien kaum vor. Die Vergleiche mit den weiten, frei zugänglichen Uferbereichen in Vorarlberg und der Schweiz werden bemüht. Nur: sie hinken; die naturnahen unverbauten Strände und Gebiete sind um ein Vielfaches größer, als bei uns im bayerischen Seebereich.

Was hat der Kreistag nun als Stellungnahme an die Regierung von Schwaben beschlossen?

Das Jagdrecht im Naturschutz-Gebiet bleibt unangetastet (26:25 Stimmen). Der Kreistag folgt nicht der Empfehlung seines Umweltausschusses! 20:31 Stimmen! Das Naturschutz-Gebiet soll um die Hälfte kleiner werden, als im Entwurf der Verordnung. Es sollen die Grenzen aus dem Beschluss der Stadt Lindau gelten, aber: der Seezugang am Eichwaldbad wird für Kfz, Bootsanhänger und Boote gesperrt und der Zugang zur Galgeninsel wird während der Vegetations- und Brutzeit zwischen dem 15.03. bis 01.09. für die Öffentlichkeit gesperrt. 40:11 Stimmen.

Das versöhnt doch etwas.

LOTHAR HÖFLER

www.bunteliste.de



Schluß mit den Grundstücksspekulationen:

Das Aximagelände an der Kemptenerstraße muss Gewerbegebiet bleiben !

Das Gerücht ist inzwischen Tatsache. Die Verantwortlichen der Lindauer Firma Axima (früher Sulzer Escher Wyss) wollen weg vom bisherigen Standort an der Kemptener Straße und sind auf der Suche nach einem neuen Firmensitz.

In Lindau haben sie die Grünfläche zwischen Robert-Bosch-Straße und dem neuen Firmensitz von Liebherr an der Autobahn ins Visier genommen. Diese Flächen befinden sich derzeit in Privatbesitz. Die Stadt Lindau verhandelt seit langem mit den Grundstückseigentümern über einen Verkauf an die Stadt - bisher ohne Erfolg. Für das gesamte Gebiet läuft derzeit ein Bebauungsplanverfahren. Ziel: Gewerbegebiet statt Grünland. Dem hat die Bunte Liste Lindau bislang zustimmen können, da dieses Gebiet bereits im Flächennutzungsplan (die Vorstufe zum Bebauungsplan) als Gewerbegebiet vorgesehen war. Eine gewerbliche Nutzung dieser Flächen bei der Autobahn ist auch städteplanerisch sinnvoll. Und wenn neue, auswärtige Firmen sich in Lindau niederlassen wollen, wird dies auch von der Bunten Liste – siehe Liebherr – mitgetragen.

Nullsummenspiele

Problematisch wird es bereits, wenn die Versiegelung von Grünflächen für Gewerbegebiete zum arbeitsplatzmäßigen Nullsummenspiel wird. Das liegt vor, wenn sich dort keine auswärtigen Firmen neu ansiedeln und somit neue Arbeitsplätze in Lindau schaffen, sondern wenn Lindauer Betriebe nur ihren Firmenstandort wechseln. Aber auch dies kann noch

vertreten werden, wenn es darum geht, diese Firmen und ihre Arbeitsplätze in Lindau zu halten und deren Abwandern aus Lindau zu verhindern. Sehr problematisch wird es jedoch, wenn die städtische, hier die von der Oberbürgermeisterin favorisierte Gewerbeflächenpolitik zu einem arbeitsplatzmäßigen und flächenmäßigen Nullsummenspiel zu werden droht. Das ist der Fall, wenn Lindauer Betriebe im Stadtgebiet auf die Grüne Wiese umsiedeln wollen und gleichzeitig deren bisherige Firmenstandorte – also real existierende Gewerbeflächen – nicht als Gewerbegebiete erhalten bleiben, sondern in Wohngebiete umgewandelt werden sollen.

Dieses Problem stellt sich nun bei Axima. Umzug und Neubau an der Autobahn kosten Geld. Daher hofft Axima auf eine „anständige“ Verwertung ihres Firmengeländes beim Lindaupark. Axima ist dabei auf den Stadtrat angewiesen. Wenn der Lindauer Stadtrat per Bebauungsplanänderung das Aximagelände umwidmet in ein Wohngebiet, dann darf der Sekt schon mal kalt gestellt werden. Denn dann würde aus einer Gewerbefläche mit einem Wert von ca. 100 €/qm ein Wohngebiet mit einem Grundstückswert von mindestens 350 €/qm (Bodenrichtwert für Reutin). Bei 30.000 qm Fläche wird hier ein ordentlicher Gewinn erzielt werden.

Eine Diskussion über dieses Szenario findet dort, wo sie hingehört – im Stadtrat – leider nicht statt. Die Bunte Liste hat bislang vergeblich Petra Seidl aufgefordert, diese Frage jetzt zu diskutieren. Der Stadtrat muss jetzt Standpunkt beziehen zu der Frage, was aus dem Gelände an der Kemptener Straße werden soll, wenn Axima diesen Standort verlassen sollte. Auch Axima wird es interessieren, ob ein Um- oder Wegzug allein finanziert werden muss oder ob es ein Millionengeschenk der Stadt geben wird. Die Position der Bunten Liste Lindau ist klar: Das

Aximagelände an der Kemptener Straße muss Gewerbegebiet bleiben. Denn Gewerbeflächen sind rar in Lindau. Im Mai 2001 schrieb die Stadtverwaltung, es bestehe mehr Bedarf an gewerblichen Flächen als durch das neue Gewerbegebiet an der Autobahn befriedigt werden könne. Es ist ökologisch unsinnig, neue Grünflächen zu versiegeln und gleichzeitig die alten großen, zusammenhängenden Gewerbeflächen, wie Köchlin (17.000 qm) oder nun Axima, per Stadtratsbeschluss zu vernichten.

ALEXANDER KISS



Rosige Gewinnaussichten, nicht nur mit Kühltürmen: Das Axima-Gelände (ehemals Sulzer-Escher-Wyss)

Antrag der Bunten Liste erfolgreich:

Die Musikschule ist keine Würstelbude

Einem Eilantrag der Bunten Liste folgend, hat der Stadtrat beschlossen, die vorgesehene Schulgelderhöhung an der Musikschule bis zum Ende des Jahres aufzuschieben und das dadurch entstehende Defizit aufzufangen. Im Gegenzug wurde ein neues Finanzierungskonzept für die Musikschule gefordert. Dazu einige Überlegungen:

Die musikalische Ausbildung ihrer Kinder muß auch für Familien mit geringeren Einkommen finanzierbar sein, wie es auch in der Satzung der Musikschule verankert ist.

Musikschularbeit ist gleichzeitig Kultur- und Jugendpolitik und gehört für Kinder als wichtige persönlichkeitsbildende Erfahrung ins Erziehungsangebot einer Stadt.

Herrscht im Stadtrat der politische Wille, diese wichtige Einrichtung auch weiterhin für alle Bürger offenzuhalten und die Musikschule selbst mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten, um eine attraktive, zukunftsweisende und breitgefächerte Arbeit zu gewährleisten, ohne die Eltern in unzumutbarer Weise zu belasten?

Eine „Wissens-Stadt“ sein zu wollen, bedeutet nicht nur, kulturelle „Highlights“ nach Lindau zu holen, sondern ein lebensbegleitendes kulturelles Angebot wie die Musikschule lebendig zu halten und stolz auf diese Facette im städtischen Dasein zu sein.

Das bei der Verwaltungsspitze so beliebte Geheimrezept „Sponsoring“ ist als Finanzierungskonzept für die Musikschule absurd. Die Musikschule ist keine Würstelbude! Zum einen kann sich die Musikschule in ihrer kontinuierlichen Arbeit nicht auf das Wohl und Weh von eventuellen Sponsoren verlassen und Jahr für Jahr auf Betteltour gehen (der Löwenanteil des Musikschuletats besteht aus Personalkosten-denkenbar unattraktiv für Sponsoren). Zum anderen kann eine Sponsorensuche nicht Aufgabe der Musikschulleitung sein, die für die pädagogische Arbeit an der Schule zuständig ist.

Wenn Sponsoren wirklich als ein Pfeiler der Musikschulförderung gesucht werden sollen, so wäre dies die vornehme Aufgabe des Verwaltungsrates und der ersten Vorsitzenden. Frau OB Seidl übernehmen Sie!

KARLHEINZ BROMBEIS

Es müllert wieder im Städtle....

Was kann ich als Oberbürgermeisterin tun, einen für mich nicht sonderlich populären Antrag einer Stadtrats-Fraktion abzuwimmeln?

Ganz einfach: Ich suche mir einen Bedenkenträger aus der Verwaltung, lasse ihn einige Zeit über den Antrag grübeln ...anschließend ein ablehnendes Antwortschreiben verfassen, worin der Antragsteller mit vielem juristischem Klein-Klein überschüttet wird - ...Ich unterschreibe nur noch - ...an Absender zurück - ...und schon habe ich eine unangenehme politische Diskussion vom Hals.

So ähnlich der Bunten Liste im Frühjahr diesen Jahres passiert. Unser Antrag hatte zum Inhalt, die Stadt möge mit dem Bund darüber verhandeln, die Bundesstraße 12 ab Schönbühl in eine städtische Straße abzustufen. Denn wir meinen, solange sich nichts Grundlegendes im

derzeitigen Mobilitäts-Verhalten jedes einzelnen ändert, können wir nur eine Entlastung für die geplagten Kemptener-Straße-Anwohner erreichen, indem der überörtliche Verkehr schon ab Schönbühl über die B 31, Autobahn und wieder über die Bregenzer Straße ins Stadtgebiet geleitet wird.

Wäre dann die Stadt Sachaufwandsträger für die Kemptener Straße, könnte man dort mittel- bzw. langfristig über verkehrsberuhigende Maßnahmen nachdenken.

Ich erspare es den LeserInnen auf das Antwortschreiben des Oberbedenkenträgers von Frau Seidl näher einzugehen.

Nur soviel: Uns ist durchaus bewusst, dass es Geld kostet, wenn die Kemptener Straße in die Hoheit der Stadt übergeht. Aber das muss es uns in Anbetracht der Gesundheitsgefahr dieser dort wohnenden Menschen wert sein.

Auch sind wir, im Gegensatz zu dem schon erwähnten Oberbedenkenträger, nicht der Meinung, das Bundesfernstraßengesetz sei ein „von Gott geschaffenes Regelwerk“ und es stehe der Stadt Lindau nicht zu, daran zu rütteln.

Zumindest die VertreterInnen der Bunten Liste im Lindauer Stadtrat haben genügend Selbstbewußtsein, sich mit den zuständigen Herren der Bundesstraßenverwaltung sachgerecht auseinander zu setzen.

Unser Wählerauftrag ist es, dieses Thema politisch anzubringen und deshalb sehen wir es nicht gerne, dass man uns auf dem eingangs beschriebenen Wege abspeist - denn diese Methode kennen wir zu Genüge aus längst vergessenen-geglauten Tagen. Altgediente und aufmerksame Hoyboten-LeserInnen haben es eh schon geahnt: Es müllert wieder im Städtle!

MATTHIAS KAISER



Nicht enden wollendes Getöse: Alltagssituation an der Kemptener Straße

NEIN zum geplanten Irak-Krieg !

Rund 110 Menschen aus Kirchen, Initiativen, Betrieben, Gewerkschaften Parteien, usw. trafen sich am Samstagabend, den 26. Oktober, um mit einer Kundgebung am Neuen Rathaus ihren Protest zu den Kriegsplänen gegen den Irak öffentlichen Ausdruck zu verleihen. Aufgerufen hatten dazu Bunte Liste, Pax Christi, Antifa Lindau, SPD und PDS. Dr. Wolfgang Menzel, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsgegnerInnen DfG/VK, hielt das Hauptreferat. Ihr Nein zu den Kriegsplänen der Regierungen der USA und Großbritanniens begründeten die Lindauer VeranstalterInnen u.a. mit folgenden Worten: Ein Krieg gegen den Irak hätte katastrophale Folgen für die dortige Bevölkerung, würde Tausenden das Leben kosten, Land und Umwelt weiter verwüsten. Dieser Krieg könnte einen politischen Flächenbrand aus Gewalt, Terror und weiteren Kriegen in der Region auslösen, dessen Folgen bis nach Europa spürbar wären. Ein Krieg gegen den Irak dient im Kern nicht dazu, die Diktatur Saddam Husseins und seiner Baath-Partei zu beenden, sondern ganz im imperialistischen Sinne, um alte Erdölinteressen von US- und britischen Konzernen, sowie die militärische Vorherrschaft in dieser Region abzusichern. Eine Änderung der innenpolitischen Situation im Irak ist Angelegenheit der dortigen Völker und der irakischen Oppositionsgruppen. In Vorbereitung ihres Krieges versuchen die Administrationen von George W. Bush und Tony Blair die Rechte der UNO auszuhöhlen und die dem Völkerrecht



widersprechende Option eines Präventivkrieges gegen ein Land, das kein anderes angegriffen hat, noch mit einem solchen Angriff droht, als „legitime“ politische Praxis zu etablieren. Die deutsche Regierung bleibt aufgefordert, ihre bisherige Haltung gegen diesen Krieg beizubehalten, und alles zu unternehmen, auch keine indirekte, finanzielle, politische und logistische Unterstützung dafür zu liefern. Gerade uns als kommunalpolitische Gruppierung war und ist es wichtig unsere Solidarität mit den Antikriegsbewegungen in den USA und Großbritannien sowie mit der demokratischen Opposition im Irak zu bekunden.

KARL SCHWEIZER

Behindert und benachteiligt

„Wir müssen leider draußen bleiben“

Quer durch alle Stadtratsfraktionen wurde ein Thema bisher sehr stiefmütterlich behandelt: „Behinderte“. Theoretisch will sich jede/r für diese Gruppe einsetzen, in der Praxis schaut es da aber ganz anders aus, und zwar aus dem einen Grund: sie werden schlicht vergessen. Im Folgenden werde ich nicht von den Behinderten, sondern von den Benachteiligten reden, denn darin sind neben den uns bekannten Behinderungen u.a. auch SeniorInnen, KinderwagenschieberInnen, LaufanfängerInnen (sprich Kleinkinder) und vorübergehend Behinderte wie z.B. KrückenläuferInnen eingeschlossen. All jene sehen sich tagtäglich vor schier unüberwindbaren Hürden wie Über- und Unterführungen, Brücken, zu steile Rampen, zu wenig tiefe Treppenabsätze, Drehtüren, runde Geländer (bieten keine Armauflage zum Abstützen), geländerfreie Treppen und Treppen im Allgemeinen. Und dies sind nur einige Beispiele; Betroffene werden dieser Liste noch einiges beisteuern können. Die momentan diskutierte Abschaffung der ebenerdigen Bahngleisüberquerungen Langenweg und Bregenzerstraße muß die vielen Benachteiligten in helle Panik versetzen. Da streiten sich die Fraktionen um Finanzierung, um bahntechnische und städtebauliche Aspekte. Die enorme Zusatzbelastung, die den Benachteiligten trotz oder gerade wegen den neu

entstehenden Stressfaktoren entsteht, wie z.B. Aufzüge und Rampenhürden, wird vollkommen außer Acht gelassen und hat bei einer Planung kein Gewicht. Auf die Benachteiligten wirkt so etwas wie für Tiere das Schild: „Wir müssen leider draußen bleiben“. Würden in der Planungsphase solche Überlegungen eine mitentscheidende Rolle spielen, dann könnte ohne finanziellen Aufwand eine optimale Barrierefreiheit geschaffen werden. Einfache Lösungen sind ebenso billig wie effektiv. Eine Art „menschliche Software“ könnte in den entsprechenden Ausschüssen (Bau-, Haupt- GWG...) installiert werden. Ganz nach dem Vorbild von Rechtschreibprogrammen: alles was falsch ist, wird rot angedruckt. Pro Ausschuß sollte ein Mitglied ernannt und entsprechend geschult werden, diese Person wird dann die Interessen der Benachteiligten vertreten und kann immer auf deren spezielle Problematik aufmerksam machen. Meist ist mit einem „Dran-Denken“ schon sehr viel erreicht. Auch die Schulung muß nicht teuer sein, allein einen Tag im Rollstuhl oder auf Krücken zu verbringen, eröffnet völlig neue Sichtweisen und bringt viel Erfahrung und Erkenntnis. Ich bin mir sicher, daß sich genügend neue StadträtInnen finden, die diese Aufgabe gerne übernehmen werden.

MANUELA KISS

Lindau-Paß

Seit dem 1. Februar 2001 können Lindaus Arme den „Lindau-Paß“ bekommen. Damit gibt's viele Sachen billiger, z. B. Stadtbusfahrten oder Schwimmbadbesuche. In die Freibäder kommen Kinder von Armen sogar umsonst! Der Hoybote sprach darüber mit der Lindauer Sozialhilfe-Initiative.

- Wer kann den Lindau-Paß bekommen? Sozi-EmpfängerInnen, Flüchtlinge und die meisten Leute mit Arbeitslosenhilfe. Und wenn du Wohngeld kriegst, solltest du mal nachfragen, denn dann bist du möglicherweise auch „berechtigt“.
- Und wo bekomme ich den Paß? Auf dem Wohnungsamt, das ist über dem Einwohnermeldeamt in der Toskana. Du mußt einen Bescheid mitbringen, z. B. Sozial- oder Arbeitslosenhilfebescheid, um nachzuweisen, daß du berechtigt bist. Der Paß gilt dann ein Jahr lang.
- Was kriegt man für den Lindau-Paß? Kinder und Jugendliche unter 18 kommen umsonst in alle städtischen Bäder (außer ins Limare), auf die Eisbahn, ins Museum etc., Erwachsene zahlen dort überall die Hälfte. Ach ja, und falls du zufällig als Sozialhilfeempfänger ein Theater-Abo hast, kriegst du darauf auch Ermäßigung.

- Und wie läuft das mit dem Stadtbus? Leider nicht so toll! Einzelkarten oder Karten für Kinder gibt's nicht billiger, nur Monatskarten für Erwachsene. Und das ist kompliziert: Du mußt dir die Karte erst zum normalen Preis kaufen, anschließend gehst du damit zur Stadtkasse und läßt dir die Ermäßigung auszahlen. Das sind auch bloß fünf Euro. Da muß sich auf jeden Fall noch was ändern. Insgesamt bin ich aber schon recht zufrieden. Ich hab für mein Kind diesen Sommer fast gar nichts bezahlen müssen. Das Personal wußte auch überall Bescheid, da gab es nie Probleme.
- Noch ein letzter Punkt: Wie macht die Stadt dieses Angebot eigentlich bekannt? Fast gar nicht. Es stand gelegentlich was in der Zeitung, die du als gewissenhafte Sozialhilfeempfängerin natürlich abonniert hast, haha. Aber Aushänge auf den Ämtern oder Briefe an Betroffene... Fehlanzeige. Die Stadt hatte im Vorfeld mal ausgerechnet, daß es 700 Leute betrifft, und die Oberbürgermeisterin hat uns jetzt einen Brief geschrieben, daß letztes Jahr „einschließlich Familienangehörigen“ 134 Leute den Lindau-Paß genutzt haben. Demnach haben ihn 566 „Berechtigte“ noch nicht. Aber vielleicht kriegen die es ja mit, wenn ihr das jetzt im Hoyboten veröffentlicht. Weitere Infos gibt's bei der Sozialhilfe-Initiative Lindau jeden Mittwoch von 10 bis 12 Uhr in den Räumen der Freien Evangelischen Gemeinde, Marktplatz 4, und ansonsten unter 08382-945029.

Kinder brauchen Qualität

Wußten Sie schon, daß der Freistaat Bayern im Jahr 2005 ein familien- und qualitätsorientiertes Fördermodell für Kindertagesstätten (Kita) und Horte einführen will?

Mit diesem Modell sollen dann die Gelder an Kitas gerechter verteilt werden.

Folgende Änderungen enthält das Fördermodell:

- Kinderbetreuung, von 0 - 12 Jahren, statt von 2 - 7 Jahren
- Stundenbuchung zur variablen Nutzung der Kita, statt fester Halb- bzw. Ganztagsgruppen
- Förderung der Kita durch den Staat pro Kind, gebuchter Zeit und eines sogenannten Gewichtungsfaktors statt Bezuschussung pro Gruppe (ab 15 Kinder) für eine Erzieherin und eine pädagogische Zweitkraft
- Qualitätssicherung durch Internetdarstellung der Kita und halb- bzw. jährliche Elternbefragung mit standardisierten Fragebögen.

Dieses Modell wird zur Zeit in Kindergärten des Landkreises Landsberg und der Stadt Bayreuth erprobt und wird nicht nur in folgenden Punkten kritisch hinterfragt.

Kinderbetreuung

Es können nur die Kitas eine Alterserweiterung vollziehen, die die Rahmenbedingungen dazu haben, da keine Gelder für eventuelle Umbauten oder Neuschaffungen für die eine oder andere Altersgruppe zur Verfügung gestellt werden.

Stundenbuchung

Durch die variable Stundenbuchung erhöhen sich gerade in kleinen Einrichtungen die Elternbeiträge u.a. bei Ganztagesplätzen. Erzieherin und pädagogische Zweitkraft können oftmals nicht mehr gleichzeitig in einer Gruppe arbeiten. Aus organisatorischen Gründen sind die Buchungen meist für ein Jahr fest, was die Flexibilität für Eltern und Kinder stark einschränkt.

Förderung

durch die finanzielle Förderung pro Kind und gebuchter Zeit kann der Träger der Kita die Personalplanung nur für ein Jahr vornehmen, Zeitverträge für das pädagogische Personal werden dann häufig die Regel sein. Da nun nicht mehr das Personal bezuschusst wird, sind die älteren und erfahrenen pädagogischen Kräfte für den Träger zu teuer.

Qualitätssicherung

Durch die Leistungsbeschreibung der Kita im Internet steigt die Konkurrenz zwischen den Kitas, nicht unbedingt die Qualität der pädagogischen Arbeit. Jährliche bzw. halbjährliche Elternbefragungen bedeuten einen immensen Zeitaufwand für das pädagogische Personal. Zeit, die für unsere Kinder verloren ist.

Wir, die „Initiative engagierter Eltern und ErzieherInnen des Landkreises Lindau“ befürchten, daß die Kindertagesstätten zu Aufbewahrungsstätten werden und die wertvolle pädagogische Arbeit verloren geht.

Wir befürchten, daß nicht mehr unsere Kinder mit ihren Bedürfnissen im Mittelpunkt stehen. Deshalb unterstützen wir das Aktionsbündnis „Kinder brauchen Qualität“, welches derzeit ein alternatives Fördermodell ausarbeitet, in dem die Bedürfnisse von Kindern und ihren Familien im Mittelpunkt stehen und der sofortige Stopp des neuen Fördermodells gefordert wird.

Werden auch Sie hellhörig und informieren sich über das geplante Fördermodell und das Alternativmodell. Denn die Zukunft unserer Kinder ist die Zukunft von uns allen.

ULLA HERMANN

Weitere Infos unter www.iska-nuernberg.de
www.kita-bayern.de
www.eska-bayern.de

Impressum

V.i.S.d.P.: Karlheinz Brombeis, Kalkhütte 1, 88131 Lindau
Auflage: 10.000 Exemplare, www.bunteliste.de
Gestaltung: die medieninsel - Produktion: Druckerei Kleb